



REPUBLIK ÖSTERREICH
DATENSCHUTZRAT

GZ 815.746/1-DSR/87

Entwurf eines Bundesgesetzes
über den Schutz des Menschen
und der Umwelt vor schädlichen
Einwirkungen durch Anlagen
(Umweltschutzgesetz);

Stellungnahme des Datenschutzrates

An das
Präsidium des
Nationalrates

Parlament
1010 W i e n

STÄNDIGER GEGENSTANDSNUMMER	
Zl.	73 - GE/987
Datum:	30. NOV. 1987
Verteilt	30. Nov. 1987 <i>Maly</i>

L. Klawns

Der Datenschutzrat erlaubt sich, in der Beilage die gegenüber dem Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie abgegebene Stellungnahme in 25-facher Ausfertigung zu übermitteln.

Beilage

12. November 1987
Für den Datenschutzrat
Der Vorsitzende:
i.A. DOHR

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung

Seier



REPUBLIK ÖSTERREICH
D A T E N S C H U T Z R A T

A-1014 Wien, Ballhausplatz 1

Tel. (0 22 2) ~~861 575~~ ~~861 575~~ 53115

Fernschreib-Nr. 1370-900

GZ 815.746/1-DSR/87

Fr. Mag. STANGL/2544

Bitte in der Antwort die Geschäftszahl
dieses Schreibens anzuführen.

Entwurf eines Bundesgesetzes
über den Schutz des Menschen
und der Umwelt vor schädlichen
Einwirkungen durch Anlagen
(Umweltschutzgesetz);

Stellungnahme des Datenschutzrates

An das
Bundesministerium für
Umwelt, Jugend und Familie

Radetzkystraße 2
1031 W i e n

Der Datenschutzrat hat in seiner 53. Sitzung vom 12. November
1987 zu dem mit do. Zl. I-32.191/28-3/87 übermittelten Entwurf
vom 9. Oktober 1987 folgende

S t e l l u n g n a h m e

beschlossen:

Grundsätzlich bestehen gegen den vorliegenden Entwurf keine
Einwendungen. Der Datenschutzrat weist jedoch darauf hin, daß
der Umfang der zu ermittelnden Daten durch die Bedachtnahme auf
die im Art. 8 Abs. 2 EMRK genannten Gründe - im vorliegenden
Zusammenhang kommt der Schutz der Gesundheit und das
wirtschaftliche Wohl in Frage - beschränkt ist.

Zu § 13:

Im Abs. 4 Zif. 2 sollte für den Fall, daß für diese
Kontrollmaßnahmen EDV eingesetzt wird, Art und Umfang der
Meldepflicht im Gesetz näher umschrieben werden, um nicht gegen
das aus dem Verfassungsrecht vorgegebene Determinierungsgebot
und aus dem § 1 Datenschutzgesetz ableitbaren Übermaßverbot zu
verstoßen.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden in einem dem
Präsidium des Nationalrates übermittelt.

19. November 1987
Für den Datenschutzrat
Der Vorsitzende:
VESELSKY

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung

Seiler



REPUBLIK ÖSTERREICH
D A T E N S C H U T Z R A T

A-1014 Wien, Ballhausplatz 1

Tel. (0 22 2) ~~25 25 25 25~~ 53115

Fernschreib-Nr. 1370-900

GZ 815.746/1-DSR/87

Fr. Mag. STANGL/2544

Bitte in der Antwort die Geschäftszahl
dieses Schreibens anzuführen.

Entwurf eines Bundesgesetzes
über den Schutz des Menschen
und der Umwelt vor schädlichen
Einwirkungen durch Anlagen
(Umweltschutzgesetz);

Stellungnahme des Datenschutzrates

An das
Bundesministerium für
Umwelt, Jugend und Familie

Radetzkystraße 2
1031 W i e n

Der Datenschutzrat hat in seiner 53. Sitzung vom 12. November
1987 zu dem mit do. Zl. I-32.191/28-3/87 übermittelten Entwurf
vom 9. Oktober 1987 folgende

S t e l l u n g n a h m e

beschlossen:

Grundsätzlich bestehen gegen den vorliegenden Entwurf keine
Einwendungen. Der Datenschutzrat weist jedoch darauf hin, daß
der Umfang der zu ermittelnden Daten durch die Bedachtnahme auf
die im Art. 8 Abs. 2 EMRK genannten Gründe - im vorliegenden
Zusammenhang kommt der Schutz der Gesundheit und das
wirtschaftliche Wohl in Frage - beschränkt ist.

Zu § 13:

Im Abs. 4 Zif. 2 sollte für den Fall, daß für diese
Kontrollmaßnahmen EDV eingesetzt wird, Art und Umfang der
Meldepflicht im Gesetz näher umschrieben werden, um nicht gegen
das aus dem Verfassungsrecht vorgegebene Determinierungsgebot
und aus dem § 1 Datenschutzgesetz ableitbaren Übermaßverbot zu
verstoßen.

25 Ausfertigungen dieser Stellungnahme werden in einem dem
Präsidium des Nationalrates übermittelt.

19. November 1987
Für den Datenschutzrat
Der Vorsitzende:
VESELSKY

Für die Richtigkeit
der Ausfertigung

Schler